

Ich bewerbe mich im Wahlkreis 238 (Bayreuth) um die Direktkandidatur. Die Absprache mit der örtlichen PDS ist: Sollte die Urabstimmung der WASG für das Bündnis entscheiden, werde ich im Wahlkreis BT für die Bündnisliste antreten, ansonsten als Kandidatin der WASG. Darüber hinaus erhoffe ich mir einen Listenplatz, der deutlich macht, dass die strukturschwachen Gebiete bei uns nicht unter den Tisch fallen. Mir liegt viel daran, deutlich zu machen, dass unsere Liste nicht ausschließlich von den Ballungsräumen getragen wird. Ost-Oberfranken hat traditionell eine linke Schlagseite und Stimmen aus Ost-Oberfranken können wesentlich dazu beitragen, unser Wahlziel 8 - 10 % auch in Bayern zu erreichen.

Ich bin 1950 geboren. In einer politischen Familie mit sozialdemokratischer Tradition aufgewachsen, begann ich 1964 erstmalig mich in Politik einzumischen. Seit meinem Eintritt ins Berufsleben (1969) bin ich ununterbrochen Mitglied einer DGB-Gewerkschaft, davon die längste Zeit in der GEW (u.a. zeitweilig Mitglied des Landesvorstands Bayern).

Ehrenamtliche Funktionen in Parteien hatte ich in der SPD (1966 - 1974 und 1992 bis 2004- zuletzt AFA Bezirks- und Landesvorstand bis 2004) und in der DKP (Mitglied ca. von 1980 - 1986).

Zurzeit bin ich als Lehrerin im Angestelltenverhältnis an einer Hauptschule tätig. Weitere Berufstätigkeiten seit 1969 waren: Dolmetscherin, Lehrkraft an Grundschule und Gesamtschule, Lehrkraft in einem Berufsbildungswerk für Lernbehinderte, Kneipenjob, Integrationskurse für Aussiedler, Sachbearbeiterin im Außenhandel und Buchhaltung in mittelständischem Betrieb. Mit Ausnahme von Schwangerschaftsurlaub und Phasen der Arbeitslosigkeit war ich immer erwerbstätig.

Ich bin verheiratet und habe aus erster Ehe eine Tochter, die noch studiert.

Aktuell:

Seit Mitte letzten Jahres habe ich mich in der WASG engagiert, anfangs in der Regionalgruppe Bayreuth des Vereins, jetzt im KV Oberfranken Ost der Wahlalternative. Ich bin froh darüber, dass wir uns jetzt auf dem Weg zu einem umfassenden linken Bündnis befinden. Vor allem auch darüber froh, dass - so zeigen es mir zumindest die Entwicklung der Beitritte und Reaktionen an Infoständen - auch allgemein in der Bevölkerung ein solches Bündnis zunehmend als positiv empfunden wird. Daneben bin ich Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Wilhelm-Leuschner-Stiftung und Vorsitzende der VVN Bayreuth.

Zukunft:

Eine möglichst starke linke Fraktion im Bundestag eröffnet uns neue Handlungsmöglichkeiten - nicht nur im Parlament selbst, sondern vor allem als Frühwarnsystem für die Entwicklung außerparlamentarischen Drucks und für dessen personelle, organisatorische und materielle Unterstützung.

Ich hoffe, dass es uns diesmal längerfristig gelingen wird, nicht nur die jüngsten Grausamkeiten des verfestigten Neoliberalismus rückgängig zu machen, sondern das Thema einer gerechten und sozialen Gesellschaftsordnung wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte zu rücken und weiterführende Vorschläge für die Grundzüge einer nachkapitalistischen, sozialistischen Gesellschaftsordnung zu entwickeln, die auch die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung finden.

Wahlkampfschwerpunkte

In den Vordergrund meines Wahlkampfs möchte ich die zunehmende Ungleichheit stellen, wie sie auch im Armuts- und Reichtumsbericht detailliert dargestellt wird. Dabei möchte ich verdeutlichen, dass diese Ungleichheit nicht nur eine Folge neoliberaler Auswüchse ist, sondern mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbunden ist. Unterschiedliche Fähigkeiten und unterschiedliche Charaktere von Menschen dürfen nirgends und zu keiner Zeit dazu führen, dass die daraus entstehende Ungleichheit sich verfestigt. Ungleichheit kann ein Gemeinwesen von innen heraus zerstören. Schon Naturvölker, das frühe Judentum und Christentum wussten um diese Gefährdung und hatten Mechanismen entwickelt, die immer wieder für Um- und Neuverteilung sorgten. Heute ist es die Aufgabe des Staates und des politischen Systems im Interesse eines funktionierenden Gemeinwesens immer wieder von neuem eine gerechte Verteilung herzustellen.

Steuern, die Rahmenordnung des Wirtschaftslebens, die materielle Absicherung des Einzelnen in schwierigen Lebenslagen, die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Bildung sind für mich die Politikfelder, die wesentlich dazu beitragen müssen, gesellschaftlicher Ungleichheit entgegen zu wirken. Dabei ist es für mich auch von großer Wichtigkeit den Auftrag des Grundgesetzes zur Schaffung gleicher Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen zu verwirklichen. Marktmechanismen können dies alles nicht leisten. Wer verhindern will, dass ganze Landstriche veröden und - nicht nur in den Ballungszentren - Kriminalität und faschistoide Denkmuster um sich greifen, muss für weitestgehende Verteilungsgerechtigkeit Sorge tragen.

Die Region Ost-Oberfranken ist die wirtschaftlich schwächste in Bayern und gehört zu den wirtschaftlich schwächsten des Bundesgebiets. In den vergangenen 15 – 20 Jahren hat unsere Region still und leise, z.T. durch Fördertourismus, z.T. durch massenhafte Insolvenzen mittelständischer Betriebe, z.T. durch Strukturwandel in den traditionellen Industriezweigen Porzellan und Textil Arbeitsplätze im hohen 5-stelligen Bereich verloren. Neue Arbeitsplätze entstanden vor allem in Niedriglohnbereichen des Dienstleistungssektors oder als prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Für unsere Region gilt in vollem Umfang der Begriff „Armut trotz Arbeit“. Wer mit offenen Augen durch unseren Landstrich fährt sieht die vielen glotzenden Fenster leer stehender Häuser – Zeugen der massenhaften Abwanderung junger und qualifizierter Menschen in die Ballungsräume – und enorme Flächen von Industriebrache. Mein Augenmerk gilt deshalb vor allem Fragen der Strukturpolitik. Mit Uwe Hixsch arbeitete ich einige Zeit in einem Arbeitskreis Strukturpolitik für Oberfranken zusammen. Diesem Problemkreis möchte ich mich auch in Zukunft als Schwerpunkt widmen.

Faschismus, Krieg und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bedrohen die Zukunft unseres Gemeinwesens. Jeder Lösungsvorschlag muss deshalb gewissenhaft darauf hin überprüft werden, ob er der Umwandlung des latenten in einen manifesten Faschismus Vorschub leistet, Krieg als Handlungsmöglichkeit einbezieht oder sogar erfordert

oder die natürlichen Ressourcen gefährdet. Dies erfordert einen transparenten Politikstil, der Problemstellungen und unterschiedliche Handlungsperspektiven in die Öffentlichkeit trägt, außerparlamentarische Organisationen und Bewegungen in Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einbezieht und außerparlamentarische Durchsetzungsmöglichkeiten entwickelt und nutzt.

Christa P. Meist